



Energie-Control Austria

Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Wien, am 11.11.2016

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl  
BMLFUW-UW.1.4.16/0069-  
I/2/2016

Sachbearbeiter(in)/Klappe  
Jank / 611318

**Betrifft: Begutachtungsentwürfe der SNE- und GSNE-Verordnung – Novellen  
2017; Stellungnahme des BMLFUW**

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft  
nimmt zu den beiden o.g. Begutachtungsentwürfen wie folgt Stellung:

### **SNE-VO**

#### **Ad § 4 Abs. 1 Z 1 bis 8:**

Im Entwurf sind für einzelne Netzbereiche deutliche Anhebungen der Netznutzungs-  
und Netzverlustentgelte vorgesehen – mangels detaillierterer Angaben in den  
Erläuterungen sind diese Erhöhungen allerdings nicht nachvollziehbar.

#### **Ad § 8:**

Begrüßt wird (nach Jahren des Anstieges) der mit -23% doch nennenswerte  
Rückgang beim Systemdienstleistungsentgelt.



Bedauerlicherweise – das sei bei der Gelegenheit auch angemerkt – ist dieser Rückgang nur bei den Regelenenergiekosten, nicht jedoch bei den Kosten für Ausgleichsenergie (AE) zu verzeichnen, wie etwa die nach wie vor sehr hohen AE-Aufwendungen der OeMAG belegen.

Für eine deutliche und nachhaltige Entlastung bei den AE-Aufwendungen sind neben den von der OeMAG bereits gesetzten und noch geplanten Schritten zur Reduktion der AE-Menge (Bezug und Lieferung) insbesondere Maßnahmen zur Verringerung der spezifischen AE-Kosten notwendig, welche seit Einführung der marktbasierten Beschaffung der Sekundärregelung Anfang 2012 massiv gestiegen ist.

Das BMLFUW ersucht die E-Control, im Rahmen ihrer Kompetenzen weitere, insbesondere auch kurzfristig wirksame Verbesserungen (z.B. bzgl. Basispreis im Clearingpreis; ein Cap bei der Tertiärregelleistung/arbeit; etc.) zu prüfen und umzusetzen, um den für die derzeitige Höhe der AE-Kosten stark maßgeblichen „Preiseffekt“ zu reduzieren.

## **GSNE-VO**

### **Ad § 13 Abs. 2 Z 1 bis 3:**

Das Netznutzungsentgelt für die Erzeugung biogener Gase soll mit der Begründung um 9% erhöht werden, dass seit der Einführung 2013 keine Aktualisierung stattgefunden hat. Diese Erhöhung erscheint aus Sicht des BMLFUW (auch im Lichte der geringen Mengen an biogenen Gasen) nicht gerechtfertigt.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:

DI Dr. Wolfgang Jank

Elektronisch gefertigt.

